Sachsen

Anfrage

Die Oberbergdirektion der Deutschen Erdölgesellschaft (Deg) Abteilung Mineralölwerke mit dem Sitz in Altenburg hat am 18. Mai d. Js. das Werk Regis in Sachsen stillgelegt. Die Stillegung erfolgte, nachdem die Direktion unter Bruch des zu Recht bestehenden Reichstarifes für die Chemie versucht hatte, an die Stelle der achtstündigen Arbeitszeit die zwölfstündige Arbeitszeit einzuführen. Ein am 22. Februar 1924 und am 26. März 1925 gefällter und ergänzter Schiedsspruch schreibt vor, wie lange die Arbeitszeit möglich ist. Diese Schiedssprüche sind von der Direktion nicht beachtet worden. Sie ließ die Belegschaft abstimmen über acht- oder zwölfstündige Arbeitszeit. **Da die Mehrheit der Belegschaft sich für die Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit entschied, schloß die Direktion am 18. Mai 1925 das gesamte Werk Regis.**

Die Direktion hat weder die Stillegung sechs Wochen vorher angemeldet, noch liegt irgendwelcher wirtschaftlicher Zwang zur Stillegung dieses Werkes überhaupt vor. Sie hat also gegen die Stillegungsverordnung vom 8. November 1920 und gegen die vom 13. Oktober verstoßen.

Wir fragen deshalb die Regierung: **Was hat sie getan um die Schließung des Werkes Regis zu verhindern** und die Deutsche Erdölgesellschaft zur Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu zwingen und **sie für ihre Verletzung der Gesetze zur Verantwortung zu bringen?** Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine möglichst schnelle Oeffnung des Betriebes unter Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Rechte der Arbeiterschaft herbeizuführen?

Dresden, am 29. Mai 1925.

Renner und Genossen.

Weil Barmat versagt hat . . . .

Telunion meldet: **Dresden.** Die Regierung hat dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Sächsischen Pfandbriefanstalt für Industrie vorgelegt. Mit dem Gesetzentwurfe soll die Möglichkeit geschaffen werden, der sächsischen Wirtschaft Kredite zuzuführen.

Nur die Kommunisten für die „Lunge der Leipziger Bevölkerung"

Im Haushaltausschuß B des Sächs. Landtages wurde bei der Behandlung des kommunistischen Antrags betr. den Harthwald bei Leipzig, der dessen Umwandlung zu einem Naturschutzpark fordert, abgelehnt. Die Bürgerlichen, die heuchlerisch im Landtage den kommunistischen Antrag „begrüßten", haben sich vorher mit dem Finanzminister geeinigt, und so wurde der einzige Antrag, hinter dem die gesamte arbeitende, erholungsbedürftige Leipziger Bevölkerung stand, abgelehnt.

Der Dawesegen in Sachsen

Telunion meldet: **Heidelberg i. C.** In einer zwecks Gründung einer Drechsler- und Spielwarenerzeugerinnung für die Bezirke Sonneberg und Olbernhau einberufenen Versammlung wurde ausführlich die gegenwärtige Lage der erzgebirgischen Spielwarenindustrie besprochen. Die Aussprache entwarf ein ziemlich trübes Bild von der gegenwärtigen Lage der einst so blühenden erzgebirgischen Spielwarenindustrie, die auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Neben den hohen Ausfuhrzöllen ist der Grund dieses Niederganges hauptsächlich in den hohen Holzpreisen und den minderwertigen Qualitäten der aus den sächsischen Staatswaldungen gelieferten Hölzer zu suchen. Die Versammlung faßte deshalb auch einmütig eine Entschließung, in der von der sächsischen Regierung entsprechende Maßnahmen zur Abhilfung dieser Mißstände gefordert werden.

Wie Proletariermädchen sterben.

Schwarzenberg. In der Weidenmüllerschen Papierfabrik Auerhammer verunglückte ein 15jähriges Mädchen dadurch, daß ihm im Kettenstuhl der Kopf zerquetscht wurde.

Verletzte Sänger Gerdiß (Mitgl. des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes) veranstalten am 1. Juni (2. Pfingstfeiertag) im Schloßbeile zu Altfranken ein großes Gesangskonzert fremder und heimischer Weisen unter dem Titel: „Das Volkslied". Jedem Arbeiter ist diese Veranstaltung zu empfehlen.

Förderung des gärtnerischen Pflanzenschutzes. Auf Anregung des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrat Sachsen und unter dessen Beteiligung hat das sächsische Wirtschaftsministerium die Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten an der botanischen Versuchsstation und der Stelle für gärtnerischen Pflanzenschutz der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau zu Pillnitz geschaffen. Geplant ist, neben einer Erweiterung der Versuchsanstellung und Forschung in der genannten Lehranstalt, ein besserer Pflanzenschutzdienst in den Gartenbaubetrieben schaffen. Etwaige Anträge von Gartenbautreibenden sind an die Staatslehranstalt unmittelbar einzureichen. In das neugeschaffene Amt ist berufen worden Dr. H. F. Wißmann, der über sieben Jahre Assistent an der pflanzenpathologischen Versuchsstation der staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau zu Geisenheim a. Rh. war und sich in den in Frage kommenden Arbeiten bereits erfolgreich betätigt hat.

Blühers Gemeindeordnung angenommen!

Abrechnung mit den Verrätern!

Landtag

Nachdem Blüher mit Wintler über die heutige Regie-Rücksprache genommen hatte, eröffnete Wintler die Sitzung.

Zunächst bat Wintler Schwarz gegenüber Abbitte, weil er ihm in der letzten Sitzung das Wort entzogen hatte.

Dann bekam **Müllig** (D.V.) als Berichterstatter das Wort. Er stellte den Antrag, die von den Gemeinden eingereichten Eingaben, die sich gegen die neue Gemeindeordnung wandten, **für erledigt zu erklären.** Damit ist klipp und klar zugestanden, daß der Beschluß, welcher in der Drucksache, die in der letzten Sitzung vorgelegen hatte, und nach welchem der Ausschuß gefordert habe, diese Eingaben für erledigt zu erklären, ein ausgemachter Schwindel war.

Den „Linken" hatte man **das Maul geschont,** indem man ihnen den **gewünschten Mitberichterstatter gegeben hat.** Nebrig, der als solcher fungierte, war auch ziemlich zahm und vermied sorgfältig jede Schärfe in seiner Rede. Der „Radikalismus" seiner Obstruktionsrede vom Montag war wie weggeblasen. „Wir sind am Ende" schrieb Karl Büchel in der „Volksstimme". Hier merkte man die Wahrheit dieses Wortes am besten.

Die „Linken" waren wirklich bemüht, sich im Rahmen des „Anstandes" zu halten, aber — „es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt", und so fingen die „Rechten" sehr bald an, provokatorische Zwischenrufe zu machen. Nebrig war nicht der Mann, der mit der Bethcheschen Nervenstärke sich über derartige Zwischenrufe hinwegsetzen konnte. Liebmann mußte ihn beruhigen und sagte: **„Laß dich doch nicht mit dem Menschen (Bethke) ein, der den Ton eines Zuhälters eingeführt hat."**

Gegen Schluß seiner Rede stellte Nebrig fest, daß die Landtagsmehrheit beabsichtige, weitere Redner nicht zum Wort kommen zu lassen. Wintler schüttelt verneinend den Kopf.

Als Nebrig jedoch geendet hatte, erhob sich der Demokrat Dr. Seyfert und stellte sofort den Antrag, Abstimmung und Beratung zu verbinden, **also keine Einzeldebatte zuzulassen.** Gegen die Stimmen der „Linken" und Kommunisten wurde dieser **Antrag angenommen.**

Sachs (Linssozialdemokrat) ergriff nun das Wort. Er **betonte, daß er die Koalition in Sachsen unter den heutigen Umständen für nötig halte.** Die politischen Verhältnisse gestatten keine andere Möglichkeit. Die neue Gemeindeordnung bedauere er allerdings, aber er hoffe, daß **zwischen Parteivorstand und den 23 doch noch eine der Minderheit entgegenkommende Vereinbarung getroffen werde.**

Die „Linken" waren bei diesen politisch vielleicht etwas unvorsichtigen Ausführungen Sachs' sehr verlegen.

Müller Max nahm auch das Wort zu einer geradezu flüglichen Rede und meinte, daß selbstverständlich die Gemeindeordnung keine Verschlechterung sei. Im Gegenteil. Die Demokratie ist vollkommen gewahrt. Man muß dabei nur die Zeichen der Zeit verstehen.

Gen. Lieberasch: Die Rede des Ministers war weiter nichts als eine öffentliche Ergebenheitsadresse an Blüher. Der Minister erklärt, daß die Parteien, die die Vorlage geschaffen haben, durchaus demokratisch gesonnen seien, und dadurch die Gewähr gegeben wäre, daß reaktionäre Tendenzen nicht zum Durchbruch kämen. Aber diese selben Parteien haben mit **„demokratischer" Eleganz die Geschäftsordnung mit Füßen getreten.** Wenn es auch der Minister abstreitet, die neue Gemeindeordnung bestätigt es, **daß die Reaktion in Sachsen gesiegt hat.** Und die Reaktion mußte diesen Sieg erstreben, sonst kann sie nicht ihre monarchistisch-imperialistische Politik durchführen.

Die „Linken" versuchen den Anschein zu erwecken, als ob es möglich sei, eine andere Politik zu treiben, als es die 23 tun. **Das ist ein elender Schwindel, denn die „Linken" liefern durch ihre Haltung selber den Beweis, daß für die Sozialdemokratie eine andere Politik als die der 23 gar nicht möglich ist.** Die Politik der 23 ist zwangsläufig, kein Wunschprodukt. Die Rolle der „Linken" besteht darin, **daß sie die klassenbewußteren sächsischen Arbeiter** einmal **über den wahren Charakter der SPD. täuschen** und zum anderen von einer **außerparlamentarischen Organisierung des Klassenkampfes abhalten.** Sind die „Rechten" **offene Verräter,** so betreiben die „Linken" ihren Verrat unter **radikalen Phrasen.**

Gen. Lieberasch ging dann auf die Rolle der Sozialdemokratie im internationalen Maßstabe ein und stellte fest, daß sie überall als Lakai der Reaktion fungiert. Weiter kennzeichnete er die historische Rolle der deutschen Sozialdemokratie und schloß daraus, daß angesichts dieser politischen Entwicklung eine andere Politik als die der 23 für die SPD. gar nicht möglich ist.

Gen. Liebertasch lehnte die Vorlage ab und gab dazu die auf der ersten Seite veröffentlichte Erklärung der kommunistischen Fraktion ab.

Kühn (K.-Soz.) betonte, daß die Politik der 23 durchaus die Politik der SPD. sei. Hat doch die SPD. in anderen Staaten ähnliche Gemeindeverfassungen, die oft noch schärfer sind, durchgeführt. (Während der Ausführungen gehen die Fraktionsstreitigkeiten der beiden sozialdemokratischen Gruppen munter weiter.)

Nebrigs Schlußwort beschränkt sich auf eine sonste **Polemik gegen Kühns Ausführungen.** Er gibt dabei zu, daß die preuß. Koalitionsregierung gar nichts Fortschrittliches geschaffen hat. Weiter gibt Nebrig eine Erklärung ab, in der die „Rechten" als Mandatsjäger bezeichnet werden, aber über die Frage des außerparlamentarischen Kampfes überhaupt nichts steht.

Es wird dann zur Abstimmung geschritten. In namentlicher Abstimmung **wird die Vorlage mit 61 gegen 23 Stimmen angenommen.**

Dann erhält Liebmann das Wort zur Begründung des **Mißtrauensantrages gegen den Innenminister Müller.** Die Bürgerlichen und die 23 verlassen dabei mit der Bemerkung „Wahnsinn" den Saal.

Eingangs stellte Liebmann fest, **daß nicht nur die 23,** sondern auch die Demokraten von ihren demokratischen Grundsätzen abgewichen seien. Sie haben sich **deswegen** in republikanischer Hinsicht als **„unzuverlässig" erwiesen.** Auf das Reichsbannergeschwätz ging Liebmann natürlich **nicht** ein. Er erklärte weiter, daß in Sachsen deutschnational-deutschvolksparteiliche Politik im Rahmen der Koalition gemacht würde. Diese Politik werde von der Volksparteiliche **nicht** gestützt.

Zur näheren **Begründung** führte er aus: Verrat des Achtstundentages in **staatlichen Betrieben,** keine Amnestie für politische proletarischen **politischen Gefangenen,** Anwesenheit auf der Industriellentagung, wo die Industriellen ob des Achtstundentages triumphierten, Verurteilung sozialdemokratischer Referenten, Fall Reber, Militarisierung der Polizei. Die sächsische Regierung ist der Hort der Reaktion in Deutschland.

Der deutschnationale Beuller erklärte, daß seine Fraktion gegen den Mißtrauensantrag stimmen werde. (Kein Wunder, Herr Müller hat diesen Bundesgenossen verdient!)

Gen. Renner: Liebmann sagt, daß die SPD. ist in einer scharfen Opposition gegen die Luther-Regierung, deshalb und deswegen gegen die Politik der 23 sei. Herr L. gibt sich den Anschein, als ob er von der **falschlichen Stellung der SPD. im Reiche nichts wüßte.** Haben nicht die Rede Hilferdings zur Zollvorlage, die Stellung der SPD. zum deutsch-spanischen Handelsvertrag bewiesen, **daß die SPD. praktisch der Luther-Regierung keine Schwierigkeiten macht?** Ich muß das wiederholen, was ich schon anläßlich der Beratung der Gemeindeordnung gesagt habe, nämlich, daß in dem Moment, wo die SPD. als Gesamtpartei die Politik der 23 nicht mehr stützen würde, die 23 erledigt wären.

Die Begründung, die Liebmann gab, war lächerlich. Es kommt hier nicht darauf an, ob jemand ein Ehrenmann ist, sondern **welche Politik ein Müller vertritt.** Und Müller vertritt die Politik der SPD. Die „Linken" erklären nun, daß sie die Politik der SPD. vertreten. Damit geben sie zu, daß sie die **Dawespolitik der SPD., die Grundlage der Gegenwartspolitik, realisieren.** Und darauf kommt es an. Hier, **in den Grundlinien der Politik, sind sich Rechte wie Linke einig.** Einig sind sie sich in der Aufwertungsfrage, in der **Kommunistenhetze überhaupt.** Linke wie rechte Sozialdemokraten befinden sich in gleicher Stellung zum Imperialismus, zum kommenden Krieg. Grundsätzliche Differenzen bestehen also nicht. Noch etwas: Herr Liebmann hat den Reichswehrskandal erwähnt. **Ja, waren es denn nicht die Herren Zeisich und Liebmann, die sich gegenüber dem General Müller verpflichtet haben, keine monarchistischen Elemente aus der Polizei herauszuwerfen?** Haben die „linken" Herren so nicht selbst die „Demokratisierung" untergraben?

Eins aber hat Liebmann auf Grund unserer Erklärung begriffen, nämlich **daß die Gemeindeordnung eine Verfassungsänderung im Sinne der monarchistischen Politik der Luther-Regierung ist.** Aber Herr Liebmann hat nicht gesagt, was er tun will, um gegen **diese Verfassungsreaktion zu kämpfen.** Er hat ferner nicht gesagt, was er tun will, um die 23 zu erledigen! Die „Linken" sagen, sie hatten die Macht in Sachsen. Ja, aber zum Teufel, warum **gebrauchen sie nicht diese Macht?** Warum **verlangen sie nicht vom Parteivorstand kategorisch den Ausschluß der 23? Warum sperren sie dem Parteivorstand nicht die Beiträge,** ein sicher sehr wirksames Zwangsmittel? Warum werfen sie nicht die 23 einfach aus der Partei? Allerdings: wenn sie das alles tun würden, **dann fägen die „Linken" in kurzer Zeit auf der Nase, dann wird der Parteivorstand kommen und die „linken" Herren an die frische Luft setzen.**

Die „Linken" können keinen Weg zeigen, um gegen die „Rechten" wirksam zu kämpfen, weil **sie keine grundsätzlichen politischen Differenzen haben.** Aber wir zeigen den Weg. **Wir fordern die Arbeiter auf, in den Betrieben, in den Gewerkschaften, mit uns die Einheitsfront herzustellen zum Kampf gegen die Reaktion, gegen den Landtag.** Wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie nur im Kampf **gegen ihre Partei den Klassenkampf** führen können.

Nun geschah etwas Unerwartetes. Erwartet hatte man, daß Liebmann antworten würde auf die ausgezeichnete, eine nachhaltige Wirkung ausübende Rede des Gen. Renner. Mit allgemeiner Spannung wurde deswegen Liebmanns Schlußwort entgegengesehen. Liebmann sprach auch. **Aber nur einen einzigen Satz sprach er: „Ich stelle nur fest, daß Herr Minister Müller sich in die Kneipe verzogen hat." Kein Wort weiter.** Nichts zu der Rede des Gen. Renner. Dieses völlige Schweigen löste natürlich eine starke Bewegung aus. Man sah hier, Liebmann konnte nichts antworten.

Zum Schluß wurde noch der Bau einer Landesschule einstimmig beschlossen.

Der Schlußstein der ersten Verfassungsänderung ist gelegt. Der Landtag hat bewiesen, daß es höchste Zeit ist, ihn zum Teufel zu jagen. **Jetzt haben die Arbeiter in den Betrieben das Wort!**

KPD Versammlungskalender

Zellengruppe NO. 3. Sonnabend keine Mitgliederversammlung, dafür Familienausflug nach Gasthof Kamerun. Leischwitz. Gäste und Mitglieder von anderen Zellengruppen sind herzlich eingeladen. Treffpunkt 7,30 Uhr Linisches Bad, Ecke Schillerstraße. Liederbücher mitbringen. Straßenbahn wird benutzt. **Die Leitung.**

KPD. Lausegall. 31. Mai, früh 6 Uhr an der fliegenden Fähre Abmarsch.

Achtung! Genossen von Groß-Dresden! Photographien von der Maidemonstration sind im Sekretariat Jakobsgasse 15 zu haben.

Vom 25. bis 30. Mai ist der 22. Wochenbeitrag fällig!

KPD. Striesen. Am Mittwoch, den 3. Juni, abends 7,30 Uhr findet im „Glasewaldtchen" eine erweiterte Distriktleitungssitzung, einschließlich Kassierer statt. — Am Freitag, den 5. Juni, abends 7,30 Uhr findet in Blasewitz, „Adlers Vereinshaus", Altkemnitzer Straße 7, Saal, 1. Etage, eine außerordentliche Distriktsmitgliederversammlung statt. Tagesordnung wichtig. Erscheinen ist Pflicht.

Roter Frontkämpferbund

Roter Frontkämpferbund, Gauleitung Ostsachsen. Die für die Ortsgruppen ausgegebenen Fragebogen nach dem Stande der Ortsgruppen am 1. Mai sind noch nicht restlos abgeliefert. Die Ortsgruppenvorsitzenden sind verantwortlich für Ablieferung bis 1. Juni.

RFB. Zentrum. Dienstag, den 2. Juni, abends 7,30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant „Palmbaum", Freiberger Straße 12.

Ortsgruppe Großpostwitz und Umgegend. Monatsversammlung. Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr in Hilles Gasthof, Großpostwitz. Mützen fassen! Sympathisierende mitbringen! — Sonnabend, den 20. Juni: Roter Tag in Cunewalde. Alle Kameraden fahren entweder 5 Uhr nachmittags vom Bahnhof Großpostwitz ab oder treffen sich 5,15 Uhr bei Haltestelle Halbendorf zum Einmarsch nach Cunewalde. — Sonntag, den 12. Juli, früh 7 Uhr, Stellen zum Treffen mit RFB. Bautzen auf dem Monchswald.

Vereinskalender

Turnerschaft Striesen. Alle Vereinsangehörigen und Gäste, welche an der Olympiade in Frankfurt teilnehmen wollen, haben sich bis Sonnabend, den 30. Mai beim Turngenossen Prauzsch, Spittaistraße 6, 2., zu melden, zwecks ausfüllen des Fragebogens und einsenden des Festbeitrages.

Freier Männer- und Frauenchor Cotta. Pfingstsingen am Sonntag pünktlich 6 Uhr im Volkspark. Alle Sangesgenossen werden gebeten, zu erscheinen.

Freier Turn- und Sportverein Weißig bei Freital. Am 1. Pfingstfeiertag findet ein Halbtagsausflug mit Familien statt. Abmarsch früh Punkt 6 Uhr vom Turnplatz. Rückkehr mittags gegen 12 Uhr.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Altstadt, 1. Abteilung. Pfingsten: Drei-Tage-Tour, Lausitzer Gebirge. Abfahrt 30. Mai, nachm. 4,19 nach Großschönau. Sonntagsfahrt Dohna lösen. Rückfahrt 3. Feiertag.

Turnspieler vom 2. Bezirk. Die Bezirksrunde in Schlaghall beginnt am 1. Juli, für Hand- und Rasenball am 1. September. Den Vereinen sind Mannschaftsmeldebogen zugegangen. Diese Meldebogen sind bis zum 25. Mai an den Bezirksspielleiter zurückzusenden. Wer nicht gemeldet hat, darf nicht spielen. Vereine, welche keinen Meldebogen erhalten haben, müssen sich sofort melden. Der Meldetermin wird pünktlich innegehalten.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Dresden. Verwaltungssitzung 2. Juni, 8 Uhr Geschäftsstelle. Mitgliederversammlung 4. Juni, 8 Uhr Volkshaus. — Photosektion. 5. Juni Aussprache über Arbeiten nach Frankfurt. — Jugendabteilung. 2. Juni Abendwanderung Georgplatz. — Leschwitz. 5. Juni Vortrag des Gen. Mente. — Hellerau. 4. Juni Monatsversammlung. — Briesnitz. Coschebande. 4. Juni Liederabend.

Touristenverein „Die Naturfreunde", 2. Bezirk, Ortsgruppe Zschachwitz. Sonnabend, den 30. Mai und Montag, den 1. Juni Pfingsttour nach Radeburg. Abfahrt Sonnabend 5,07 Uhr Bhf. Führer Heller. Mittwoch, den 3. Juni Abendwanderung nach der Burgstädter Linde. Abmarsch 7,30 Uhr Bhf. Führer Barnert.

Die „Freien Sänger Striesen" veranstalten am 1. Pfingstfeiertag ein Waldgebinkt, Schnetie 17, Abt. 32 und 33. Abmarsch früh 7,30 Uhr vom „Schwalbe".